

# mitarbeiten 01/09

## Informationen der Stiftung MITARBEIT

Das Informationsangebot der Stiftung MITARBEIT im Internet: [www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de) und [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de) G12970

Gespräch mit Alice Fröhlich, Freiherr-vom-Stein-Preisträgerin 2008

## »Freiwillige wachsen mit ihren Aufgaben«

*Für ihre beispielhafte und innovative Arbeit zur Betreuung älterer demenzkranker und pflegebedürftiger Menschen erhielt Alice Fröhlich, Initiatorin des Bremerhavener Vereins SOLIDAR – Freiwillige Soziale Dienste, im November 2008 den Freiherr-vom-Stein Preis für gesellschaftliche Innovation. Die traditionsreiche Auszeichnung ist einer der höchstdotierten deutschen Preise für Bürgerengagement. Er wird alljährlich von der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. in Kooperation mit der Stiftung MITARBEIT und der Humboldt-Universität zu Berlin verliehen. Im Gespräch stellt Alice Fröhlich die Arbeit des Vereins vor und erläutert, was Politik und Kommunen tun können, um die Situation demenzkranker Menschen zu verbessern.*

**F**rau Fröhlich, »Wir pflegen die Seele der Menschen« ist einer der Kernsätze, mit denen Sie Ihre und die Tätigkeit der Mitarbeiter/innen von SOLIDAR beschreiben. SOLIDAR stellt die Würde der Betroffenen und den individuellen Umgang mit pflegebedürftigen Menschen in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Kann das hauptamtliche Pflegepersonal diese Art der Pflege im normalen Alltag einer Pflegeeinrichtung nicht leisten?

Vom Wissen her können hauptamtliche Mitarbeiter/innen selbstverständlich diese Art der Pflege leisten. Das Problem ist der Personalschlüssel, es gibt zu wenig Pflegepersonal. Die Bevölkerung wird immer älter und die Ansprüche an die professionelle Versorgung steigen. Es stellt sich die Frage: Wie kann man fachliche Arbeit qualitativ aufrechterhalten und gleichzeitig menschliche



Zuwendung sichern? Welche Mittel und Personen stehen dafür zur Verfügung? Viele Pflegeeinrichtungen stehen unter einem enormen ökonomischen Druck. Alles fängt mit Geld an und hört mit Geld auf. Zusätzlich wächst und wächst die bürokratische Arbeit. Die Qualität der Pflege ist in Gefahr.

*Das Verhältnis zwischen haupt- und ehrenamtlichem Pflegepersonal birgt auch Konfliktpotential. SOLIDAR versteht sich grundsätzlich als unterstützende Kraft für das hauptamtliche Pflegepersonal. Wie kooperieren die Haupt- und Ehrenamtlichen in den Einrichtungen vor Ort? Welche Schwierigkeiten gibt es?*

Im Kern geht es darum, die verborgenen Barrieren zu überwinden, die sich in beiderseitigen Haltungen und Einstellungen widerspiegeln. Das ist nur in einem gemeinsamen Prozess, mit Offenheit und Transparenz, möglich. Freiwillige

und Hauptamtliche benötigen Schulungen und Supervision, um gemeinsame Grenzen und Konflikte zu erkennen. Es gibt nicht nur eine Form, etwas richtig zu machen. In unserem Fall sorgt das Leitungsteam des Freiwilligen Sozialen Dienstes (FSD) mit der Leitung des Hauses für eine klare Aufgabenverteilung auf beiden Seiten und für überschaubare Arbeitsprozesse. Professionalität und freiwillige Tätigkeit schließen sich nicht aus, sondern sind Voraussetzung für einen gut funktionierenden freiwilligen sozialen Dienst.

Freiwillige sind keine unentgeltlich arbeitenden »Lückenbüsser« für das hauptamtliche Pflegepersonal. Freiwillige wachsen mit den Anforderungen und ihren Aufgaben. Alle Beteiligten können voneinander lernen: Es geht darum, einen gemeinsamen Sinn für Verantwortung und eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu entwickeln.

*Bestandteil der Arbeit von SOLIDAR ist auch der freiwillige Einsatz von jugendlichen Sozialpraktikant/innen. Wie gewinnen Sie diese für Ihre Arbeit, wie gelingt es, Jugendliche für die Themen Demenz, Alter und Pflegebedürftigkeit zu sensibilisieren und zur Mitarbeit anzuregen?*

Wichtig ist, in die Schulen zu gehen und den Jugendlichen die »andere Welt der Demenz« zu erklären, ihnen zu erzählen, dass Demenz häufig für die betroffenen Menschen ein besonders großes und tiefes Gefühl von Einsamkeit bedeutet. Immer mehr Menschen werden betroffen und es werden immer weniger Menschen da sein, um ihre Einsamkeit zu erleichtern. Wichtig ist es, diesen Jugendlichen emphatisches Denken und Handeln zu vermitteln und Werte zu setzen.

*Wie werden die Sozialpraktikant/innen für Ihre Tätigkeit qualifiziert?*

Ein halbes Jahr bevor die Jugendlichen als



(Fortsetzung von Seite 1)

## »Freiwillige wachsen mit ihren Aufgaben«

Sozialpraktikant/innen anfangen, werden sie auf ihre Aufgaben vorbereitet. Sie werden über das Thema Demenz »aufgeklärt«, sie machen anhand vieler praktischer Übungen wertvolle Selbsterfahrungen: Sie lernen, indem sie sich gegenseitig das Essen reichen, im Sitzen, im Liegen, sie lernen, indem sie selbst in einem Rollstuhl sitzen und gefahren werden. Wichtig ist es, ihnen Gesprächsführung und wertschätzende Kommunikation mit älteren Menschen zu vermitteln und ihnen die Regeln in einer Pflegeeinrichtung zu erklären. Aber auch medizinische und pflegerische Sachverhalte werden angesprochen. Die Jugendlichen werden ernst genommen, begleitet und unterstützt. Sie müssen gar nichts »müssen«. Sie können in regelmäßig stattfindenden Gruppen- oder Einzelgesprächen Ängste oder Kritik äußern. Sie können von uns lernen, aber wir können auch von den Jugendlichen lernen.

**Ein Anliegen Ihrer (Lobby-) Arbeit ist, das Thema Demenz und den gesellschaftlichen Umgang mit demenzkranken und pflegebedürftigen Menschen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Wie erleben Sie den gesellschaftlichen Umgang mit dieser Krankheit?**

Bedrückend, abwehrend, verdrängend, ängstlich. Ich meine, nur durch Aufklärung direkt vor Ort haben wir eine Chance, dieses Thema zu enttabuisieren.

**Der Themenkomplex Leben im Alter, Pflege, Heim ist nicht nur ein hoch emotionales und uns alle betreffendes Thema, sondern regelmäßig auch Bestandteil politischer und gesellschaftlicher Debatten. Wenn Sie für einen Tag in die Rolle eines/r Politiker/in schlüpfen könnten: Was würden Sie tun? Welche Erwartungen und Wünsche an die Politik haben Sie, was würden Sie verändern?**

Ich würde den ganzen Tag in einer auf das Thema Demenz spezialisierten Pflegeeinrichtung verbringen, um selber praxisnah den Alltag zu erleben. Ich würde Gespräche

mit der Leitung, dem Personal, den Angehörigen und freiwilligen Mitarbeiter/innen führen, um nachvollziehen zu können, was für eine enorme Herausforderung an alle Beteiligten gestellt wird.

Was wir unbedingt brauchen, sind angemessene Kostenbeiträge, keine Zweckentfremdung von eingezahlten Beiträgen in der Pflegeversicherung und bessere Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben von demenzkranken Menschen, die sich selber nicht mehr wehren können und keine Lobby haben, aber bestimmt gerne eine hätten. In den Kommunen muss das Verständnis dafür geschult werden, dass das bürgerschaftliche Engagement eine Querschnittsaufgabe darstellt, für dessen Aktivierung auch ein entsprechendes Leitbild sowie kompetente Ansprechpartner/innen zur Verfügung stehen müssen. Entbürokratisierung, Bürgernähe, Anerkennungskultur und eine angemessene Infrastruktur zur Motivierung für das Engagement sind Stichwörter, die einer weiteren Ausdifferenzierung bedürfen. Um dieses konkret umzusetzen, muss noch mehr die

Bedeutung von präventiven Angeboten in den Blickpunkt gerückt werden. Die subjektive Einstellung zum Älterwerden muss sich ändern. Die Losung lautet: Kooperation statt Konkurrenz. Wir müssen den Dialog und das Verhältnis zueinander stärken. Wichtig ist außerdem, dass die Höhe der Gewinnentnahmen gesetzlich geregelt und überprüft wird, sowohl von privat als auch von gemeinnützig geführten Pflegeeinrichtungen.

**Hat die Auszeichnung durch den Freiherr-vom-Stein-Preis die öffentliche Wahrnehmung Ihrer Arbeit verändert? Wie waren die Reaktionen im lokalen Umfeld?**

Die Reaktionen waren überwältigend! Interviews, Fernsehen, Zeitungen. Die Auszeichnung durch den Freiherr-vom-Stein Preis hat erheblich dazu beigetragen, über dieses schwierige Thema aufzuklären und vielen, vielen Menschen etwas von ihren Ängsten nehmen zu können.

*Die vollständige Version des Gesprächs kann unter [www.mitarbeiten.de](http://www.mitarbeiten.de) nachgelesen werden.*

SOLIDAR e.V., Büro HAUS IM PARK, Johann-Wichels-Weg 2, 27574 Bremerhaven, Tel.: (04 71) 8 00 18-0, -18, Fax: (04 71) 8 00 18-11, E-Mail: [fsd@haus-im-park.net](mailto:fsd@haus-im-park.net), Internet: [www.solidar-fsd.de](http://www.solidar-fsd.de)



Verleihung des Freiherr-vom-Stein-Preises 2008 in Berlin: Alice Fröhlich im Gespräch mit Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. In der Bildmitte Hanns-Jörg Sippel (Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT, I.) und Ansgar Wimmer (Vorstandsvorsitzender der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.)

## Kummerkasten der Nation

*Eingaben zur Steuerpolitik, zum Immissionsschutz, zur Abrüstung oder zur Kinder- und Jugendhilfe: Seit Anfang Oktober 2008 können Bürgerinnen und Bürger online Petitionen an den zuständigen Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages einreichen. In den ersten Monaten seit Bestehen des neuen Internetportals haben sich bereits knapp 16.000 Bürger/innen angemeldet, wurden mehr als 500 E-Petitionen eingereicht und circa 3.500 Diskussionsbeiträge eingestellt. Damit wandelt sich der früher als »Kummerkasten der Nation« titulierte Ausschuss zu einem öffentlichen Forum, indem sich die Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen, Bewertungen und Erfahrungen von und mit politischen Entscheidungen transparent widerspiegelt.*

Der Petitionsausschuss hat im Rahmen der zahlreichen Bundestags-Ausschüsse eine Sonderstellung inne: er ist neben dem Europaausschuss ein sog. Querschnittsausschuss, d.h. die Mitglieder müssen sich – im Gegensatz zu den Fachausschüssen, die in der Regel einem Ministerium inhaltlich klar zugeordnet sind – mit allen Fragen befassen, die das Gremium erreichen. Petitionen behandeln hauptsächlich individuelle Anliegen und Problemlagen der Petenden. Gleichwohl gibt es daneben eine

wachsende Zahl von sog. Massen- und Sammelpetitionen, die allgemeine politische Relevanz besitzen. Die kontinuierlich steigende Zahl der eingereichten Petitionen lässt sich vor diesem Hintergrund auch als Bedürfnis nach einem Mehr an politischer Beteiligung und Teilhabe lesen.

Bereits seit September 2005 können interessierte Bürgerinnen und Bürger Eingaben an den Deutschen Bundestag elektronisch einreichen. In den ersten drei Jahren wurden insgesamt 667 öffentliche

Petitionen zugelassen und 7.000 nicht öffentliche Petitionen auf diesem Wege eingereicht. Über eine Million Personen haben öffentliche Petitionen mitgezeichnet und in gut 30.000 Beiträgen online diskutiert. Angesichts dieser Bilanz beschloss der Petitionsausschuss im letzten Jahr, den Modellversuch in eine dauerhafte Einrichtung umzuwandeln.

Öffentliche Petitionen können von den Bürger/innen einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen unter Verwendung eines hierfür vorgesehenen elektronischen Formulars an den Petitionsausschuss gesendet werden. Voraussetzung für eine öffentliche Petition ist, dass die Bitte oder Beschwerde inhaltlich ein Anliegen von allgemeinem Interesse zum Gegenstand hat und das Anliegen und dessen Darstellung für eine sachliche öffentliche Diskussion geeignet sind. Die Mitzeichnungsfrist, in der weitere Personen die öffentliche Petition mitzeichnen oder Diskussionsbeiträge abgeben können, beträgt sechs Wochen.

*Eine Übersicht aller aktuellen Petitionen findet sich im Netz unter <https://petitionen.bundestag.de>*

## stiftung bridge Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft

*Kampagnen gegen die kommerzielle Nutzung von Biobanken oder gegen Vorratsdatenspeicherung: seit sechs Jahren arbeitet die gemeinnützige Stiftung bridge unter dem Dach der Bewegungsstiftung an der Schnittstelle zwischen Internet, Demokratie und Datenschutz. Seit 2003 fördert die Stiftung bridge soziale Bewegungen, Initiativen und Projekte, die sich für Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft einsetzen. Bisher wurden knapp 175.000 Euro an Förderungen und Spenden ausgeschüttet.*

Im Mai 2009 feiert das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland seinen sechzigsten Geburtstag. Als die Verfassungsväter und -mütter das Grundgesetz formulierten, gab es zwar Radio und Fernsehen, jedoch noch kein weltumspannendes Internet. Der rasante technische Fortschritt und der wachsende Einsatz von Computern und Internet hat der Politik in den vergangenen Jahren ein neues Handlungsfeld beschert. Nach Ansicht der Stiftung bridge werden jedoch beim fortschreitenden Regelungsprozess

Bürgerrechte weit weniger berücksichtigt als beispielsweise die wirtschaftlichen Interessen multinationaler Konzerne. Gleichwohl sind die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte der Maßstab, an dem sich nationale Gesetzgeber und Behörden auch bei der Gestaltung neuer Regeln und Gesetze im Netz orientieren müssen.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger verbinden mit den Grundrechten im Netz wohl am ehesten den Datenschutz, der auf die informationelle Selbstbestimmung

jedes/r Bürger/in zurückgeht. Doch mittlerweile werden immer mehr Lebensbereiche digitalisiert, und Anwender/innen hinterlassen nicht nur im Internet zunehmend Datenspuren aller Art, die vielfältig ausgewertet werden können.

Vor diesem Hintergrund engagiert sich die Stiftung bridge für die bürgerrechtlichen Anforderungen, denen Politik im digitalen Zeitalter zu genügen hat: Kommunikations- und Informationsfreiheit, Schutz der Privatsphäre, Datenschutz und ein fairer Zugang zu Wissen. Als Leitmotiv ihrer Arbeit zitieren die Macher/innen der Stiftung auf ihrer Website einen Satz des amerikanischen Politikers und Mitautoren der amerikanischen Verfassung, Benjamin Franklin (1706–1790): »Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.«

*Nähere Informationen bei stiftung bridge – Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft, c/o Bewegungsstiftung, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel.: (0 42 31) 95 75 40, Fax: (0 42 31) 95 75 41, E-Mail: [info@stiftung-bridge.de](mailto:info@stiftung-bridge.de), [www.stiftung-bridge.de](http://www.stiftung-bridge.de)*

# Projekte überzeugend präsentieren

*Es reicht nicht, von einer guten Sache selbst überzeugt zu sein. Sie muss der Öffentlichkeit, potentiellen Unterstützern und Förderern auch überzeugend vermittelt werden. In einem Seminar zur Projektpräsentation im März können mündliche Präsentationen geübt werden, die Arbeitshilfe »Projekte überzeugend präsentieren« aus dem Verlag der Stiftung MITARBEIT vermittelt die nötigen Grundlagen einer guten und wirkungsvollen Außerdarstellung.*

**B**ei dem Seminar (20. bis 22. März 2009 in Werftpfuhl bei Berlin) geht es schwerpunktmäßig um die mündliche Projektpräsentation:

- Worauf ist bei der Vorbereitung zu achten?
- Wie können Botschaften verständlich vermittelt werden?
- Wie visualisiere ich richtig?
- Welche Rolle spielt die Körpersprache und wie lassen sich die Erwartungen des Publikums berücksichtigen, ohne die eigene Zielsetzung aus den Augen zu verlieren?

Im Rahmen des Seminars werden Präsentationen zu selbstgewählten Themen geprobt und gemeinsam besprochen. Auch bereits vorhandene Präsentationen können mit dem Ziel, sie weiter zu verbessern, ins Seminar eingebracht werden.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Die Arbeitshilfe von Klaus Steinke beschreibt, wie Präsentationen zielgerichtet vorbereitet, klar gegliedert, lebendig gestaltet, richtig eingeübt und wirkungsvoll in freier Rede vorgetragen werden.

»Wenn Ihre Zuhörer/innen Sie nicht verstanden haben, liegt das stets an Ihnen, nicht an Ihren Zuhörer/innen«. So das Credo des Autors, der als Kommunikationstrainer und Coach für Unternehmen und Organisationen arbeitet.

Steinke, Klaus: *Projekte überzeugend präsentieren. So vermitteln Sie Ihr Anliegen klar und einprägsam. Arbeitshilfen Nr. 25, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2006, 80 S., ISBN 978-3-928053-76-1, € 6,-; zu beziehen über den Buchhandel oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)*



## Kooperationen in der Stadtentwicklung

Das Leben in der Stadt wird wesentlich von den Bürger/innen, von Akteuren der lokalen Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und von Verwaltung und Politik geprägt. Was liegt näher, als diese zusammenzubringen, damit sie gemeinsam an der Entwicklung ihres Stadtteils oder ihrer Stadt arbeiten und Lösungen für anstehende Probleme entwickeln und umsetzen? Die Erfahrung zeigt allerdings, dass sich entsprechende Kooperationen in der Regel nicht so ohne weiteres initiieren und umsetzen lassen.

Das Seminar (15.–17. Mai 2009 in Bonn) stellt die Frage in den Mittelpunkt, wie eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, lokaler Wirtschaft und Kommune in

der Stadt(teil)entwicklung angestoßen und ausgestaltet werden kann. Es werden dabei mögliche Probleme und Schwierigkeiten angesprochen, näher beleuchtet und alternative Lösungswege aufgezeigt. Beispielprojekte aus der Praxis veranschaulichen Herausforderungen und mögliche Lösungen.

Das Seminar bietet den Rahmen, um Fragen, Probleme und Themen der Teilnehmenden gemeinsam zu analysieren und zu bearbeiten. Es richtet sich an Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Vereinen, Verbänden, Bürgerschaft und Kommune, die Stadtentwicklungsprozesse aktiv gestalten wollen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de)

## Wege zu Stiftungsgeldern

Die Frage »Wer soll das bezahlen?« erstickt viele gute Ideen im Keim. Oft mangelt es an Geld, wenn Projekte in gemeinnützigen Organisationen umgesetzt werden sollen.

Die richtige Stiftung ist vielleicht eine Lösung für dieses Problem. Die Stiftung, die zu meiner Organisation und meinem Projekt passt ist ein Schatz, der gehoben werden möchte.

Aber wie finde ich die zu meiner Idee passende Stiftung? Das Seminar (27. bis 28. Februar 2009 in Jena) vermittelt Einblicke in die Stiftungslandschaft und die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten. Im Mittelpunkt stehen folgende Themen:

- Stiftungstypen und -zwecke
- Recherche von Stiftungen, die für mein Anliegen geeignet sind
- Kontaktaufnahme und Ansprache
- Anforderungen an eine Anfrage und einen Antrag
- Berichtswesen und Dokumentation des Vorhabens

Das Seminar wendet sich an Projektträger und Engagierte in Initiativen und Vereinen. Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk in der Bundesgeschäftsstelle (stollenwerk@mitarbeit.de)

## Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT  
Bornheimer Straße 37  
53111 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail info@mitarbeit.de  
www.mitarbeit.de  
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:  
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg (BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.